

Vorlage Nr. 101.16.521

Kassel, 27.04.2007

Wohnungsprostitution

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und
Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, alle Maßnahmen zur Einführung von einer bzw. mehreren Zonen des absoluten Verbots der Prostitution einzuleiten und der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage zur Beschlussfassung vorzulegen. Bei der Festlegung der Anzahl und der Größe der Verbotszonen innerhalb des Stadtgebietes sind alle Möglichkeiten der rechtlichen Zulässigkeit zu nutzen. Auf jeden Fall muss künftig in allen reinen Wohngebieten sowie im Bereich von Kindergärten, Schulen und allen sonstigen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche die Ausübung der Prostitution sowohl im öffentlichen Straßenraum wie auch im Bereich von Wohnungen ausgeschlossen sein.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Kortmann

gez. Eva Kühne-Hörmann, MdL
Fraktionsvorsitzende